

Landes- und Provinzialarchiv  
Berlin

Prozess Nr. \_\_\_\_\_

# ARCHIV

Bundesministerium  
für gesamtdeutsche Fragen  
Abteilung II/Berlin

Nr.: 2

## Pressekonferenz

des Herrn Bundeskanzlers Dr. Konrad Adenauer

am 19. April 1950

im Schöneberger Rathaus

002-7

B r a u n e r : Hochverehrter Herr Bundeskanzler,  
Keine Herren Bundesminister,  
Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Ich grüsse Sie im Namen der freiheitlichen Presse Berlins! Ich grüsse Sie auch im Namen der ausländischen Kollegen, von denen ich gerade in Ihrer Gegenwart, Herr Bundeskanzler, einmal sagen darf, dass viele von ihnen im Kampf um die Freiheit Berlins uns wertvolle Hilfe geleistet haben. Ich freue mich, dass Sie in unsere Pressekonferenz gekommen sind. Es ist ja schon fast die Stunde des Abschieds, aber ich glaube annehmen zu dürfen, Herr Bundeskanzler, dass Sie die Gelegenheit wahrnehmen werden, uns kurz abschliessend und zusammenfassend über den Berliner Besuch noch einiges zu sagen. Ich darf Sie bitten, Herr Bundeskanzler, das Wort zu nehmen.

B u n d e s k a n z l e r : Keine Damen und Herren!

Es ist eine etwas ungewöhnliche Stunde für eine Pressekonferenz, aber ich bin da in meiner Zeit beschränkt und ich habe geglaubt, diese Unmöglichkeit der Stunde Ihnen dadurch etwas angenehmer machen zu dürfen, dass wir Sie zu dieser Tasse Kaffee und dem Stück Kuchen eingeladen haben. Ich möchte Ihnen keine grosse Rede halten. Ich könnte mir denken, wenn ich Journalist wäre, ich könnte überhaupt keinen Redner mehr sehen, geschweige denn hören. Deswegen beschränke ich mich auf einige wenige Sätze, die ich wiederholt ausgesprochen habe, und wenn ich sie wiederhole, so legen Sie es mir nicht als einen Mangel an Ideen aus, sondern als die Unterstrichung einer Überzeugung: Diese Tage in Berlin sind die eindruckvollsten und die schönsten Tage, die ich bisher als Kanzler erlebt habe, und ich gehe zurück mit sehr tiefen Eindrücken. Ich hoffe und ich bin, glaube ich, überzeugt davon, dass es mir gelingt, diese Eindrücke auch in Taten umzusetzen für Berlin und den deutschen Osten. Nunmehr bitte ich, meine Damen und Herren, damit meine Sätze beschliessen zu dürfen und stehe Ihnen für Fragen zur Verfügung - nicht für jede Frage, das werden Sie verstehen - Fragen, bei denen ich Ihnen sage: Bedauere, darauf kann ich Ihnen nichts

sagen. Aber wenn ich Ihnen antworten kann und darf, werde ich das sehr gerne tun.

B r a n n e r : Meine sehr verehrten Kollegen!

Darf ich Sie bitten, dass jeder, der jetzt Fragen stellt, freundlichst seinen Namen und seine Zeitung sagt. Ich bitte um Fragen.

Vertreter der Londoner "Daily Mail":

Herr Bundeskanzler, nachdem Absingen der dritten Strophe des Deutschlandliedes ist es in der Öffentlichkeit zu den verschiedensten Reaktionen gekommen. Wäre es Ihnen möglich, Herr Bundeskanzler, zu dieser Frage kurz noch einmal Stellung zu nehmen?

B u n d e s k a n z l e r : Meine Damen und Herren!

Wenn das gewünscht wird, will ich das sehr gerne tun, und muss Ihnen zunächst sagen, dass ich über diese Aktion und Reaktion sehr verblüfft und erstaunt bin. Mir scheint wirklich Berlin eine Insel zu sein. Drüben in Westdeutschland wird die dritte Strophe des Deutschlandliedes sehr oft gesungen, und sehen Sie, meine Damen und Herren, dieses Deutschlandlied ist von Hoffmann von Fallersleben. Die dritte Strophe, um die es sich allein handelt, durfte unter den Nazis nicht gesungen werden, weil dort von Recht und Freiheit die Rede war. (Zwischenrufe: richtig!) Und wenn wir jetzt von Recht und Freiheit wieder reden und in Lieder davon singen dürfen, dann betrachte ich das als einen grossen Fortschritt im Sinne einer wahren Demokratie und ich bitte auch daran zu denken, dass kein anderer als der Sozialdemokrat, der Reichspräsident Ebert, derjenige gewesen ist, der dieses Lied zu Ehren erhoben hat. Also, meine Damen und Herren, ich finde, dass gerade diese dritte Strophe des Deutschlandliedes sehr eindrucksvoll ist und dass man schliesslich uns Deutsche nun auch ein gemeinsames Lied wohl gönnen darf. Ich habe mir sagen lassen, dass, als hier zweimal grosse sportliche Veranstaltungen gewesen sind, alle Nationalhymnen der verschiedenen

vertretenen Länder gespielt worden sind und für die Deutschen - ich kenne den Schlager nicht - er wurde mir genannt, ich glaube: "In München steht ein Hofbräuhaus". - (Zwischenruf: Das war die Nationalhymne beim 6-Tagerennen.) Meine Damen und Herren! Es ist für mich nett, wenn sich die Presse einmal untereinander zankt, dann habe ich Ruhe. Aber ich will Ihnen jetzt etwas erzählen aus Köln, was da gewesen ist, damit Sie die ganze Situation auch daran erkennen. Ich glaube, es war im vorigen Jahr, da war im Kölner Stadion eine sportliche Veranstaltung gegenüber Belgien. Es war auch manches belgische Militär in Uniform da vertreten und schliesslich wurden die Nationalhymnen angestimmt, und die Musikkapelle, die offenbar einen sehr tüchtigen und geistig gegenwärtigen Kapellmeister gehabt hat, hat ohne besonderen Auftrag, als die deutsche Nationalhymne angestimmt werden sollte, das schöne Karnevalslied "Ich bin ein Einwohner von Trizonesien" angestimmt. Was ich Ihnen jetzt sage, ist vertraulich für Sie, das ist nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Da sind zahlreiche belgische Soldaten aufgestanden und haben salutiert, weil sie glaubten, das wäre die Nationalhymne. (Grosse Heiterkeit.) Das sind ja, wenn auch etwas belustigende, im Grunde aber ungewöhnliche Situationen. Ich habe mir heute sagen lassen, dass die Veranstaltung gestern morgen, die ja geradezu musterhaft vom Magistrat von Berlin und vom Oberbürgermeister vorbereitet war, und insbesondere auch was den Flaggenschmuck des Saales angeht, denn es waren die Länder hinter den Eisernen Vorhang dort durch ihre Fahnen vertreten - also, ich habe mir sagen lassen, dass im Ostsektor Berlins die gestrige Veranstaltung vom Rundfunk angehört worden ist und dass die Leute dann, als die dritte Strophe des Deutschlandliedes angestimmt worden ist, sich erhoben haben. Ich glaube, meine Damen und Herren, drüben die Leute fühlen sich gestärkt durch etwas Derartiges. Nun ist mir, wenn das Telegramm, das ich gestern abend bekam, richtig ist, von der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion der Vorwurf gemacht worden, dass ich eine Nationalhymne eingeführt hätte. Nein, meine Damen und Herren, da denke ich nicht daran und es hat mir das völlig ferngelegen,

aber ich fand es für richtig, dass, nachdem wir Deutsche nun einmal hier in Berlin uns wieder zusammengefunden hatten, wir zum Schlusse einer Rede auch dem gemeinsamen Gefühl der Liebe und der Verehrung für unser deutsches Vaterland in dieser äusserlich angemessenen Form Ausdruck verliehen haben, und ich darf gerade für die Herren Vertreter der ausländischen Presse nochmals den Text zitieren: "Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland - Danach lasst uns alle streben, brüderlich mit Herz und Hand - Einigkeit und Recht und Freiheit sind das Glückes Unterpfand - Blüh im Glanze dieses Glückes, blühe, deutsches Vaterland." Meine Damen und Herren, ich meine, man sollte doch alle parteipolitischen Geschichten beiseite lassen und man sollte sich, wenn man nicht gerade zur SED gehört, zusammenfinden in einem solchen Wunsch, wie er in diesem Liede ausgedrückt wird.

M a r o u a r d t : Herr Bundeskanzler, wenn ein solcher Besuch, wie der gestrige und vorgestrige Tag gezeigt hat, vorher in Einzelheiten festgelegt ist, dann werden viele Dinge programm-gemäss festgelegt. Ich habe mich gefragt, war das Lied in dieser Form vorgesehen?

B u n d e s k a n z l e r : Ich hatte, als ich hier ankam oder schon in Bonn, das weiss ich nicht genau, darüber gesprochen, ob wir das nicht zum Schlusse singen sollten. Dann wurde mir einmal erwidert, darüber fänden noch Verhandlungen zwischen den Fraktionen statt. Ich nahm aber dann, wirklich meiner inneren Überzeugung nach an, dass alle damit einverstanden wären. Wenn ich gewusst hätte, dass da ein erheblicher Widerstand, aber wirklicher Widerstand - ich habe, meine Damen und Herren, heute morgen, als ich durch Berlin fuhr, aus der Begrüssung der Bevölkerung nicht empfunden, dass sie dachte, ich wäre einen Tag zu lange hiergeblieben - meine Damen und Herren, wenn ich gewusst hätte, dass dieses Lied Anstoss hätte erregen können - ich bin sehr erstaunt darüber, das sage ich ganz offen. Meine Damen und Herren, ich verstehe nicht, wie man das Singen eines solchen Liedes bei einem solchen Anlass zum Gegenstand polemischer Auseinandersetzungen machen kann. Aber wenn ich es gewusst hätte, hätte ich es unterlassen, aber so habe ich es nicht gewusst. Ich habe angenommen,

es wäre alles in Ordnung.

L ö w e n t h a l : Herr Bundeskanzler, trifft es nicht zu, dass das Lied auch in Westdeutschland umstritten gewesen ist, und dass man aus diesem Grunde bei der Abschlusssitzung des Parlamentarischen Rates verzichtet hat?

B u n d e s k a n z l e r : Ja, Herr Löwenthal, das ist richtig, aber die Abschlusssitzung des Parlamentarischen Rates liegt jetzt ungefähr ein Jahr zurück und ich glaube, seit der Zeit sind wir auch in unserem deutschen Selbstbewusstsein und in der deutschen Einigkeit hoffentlich einen Schritt weitergekommen.

Ein Vertreter der holländischen Presse : Herr Bundeskanzler, Sie haben gestern gesagt, dass, bevor ein Entschluss über den Beitritt in den Europarat gefasst würde, noch eine Antwort zu erwarten sei. Wenn diese Antwort auf die Frage negativ sein würde, würde das dann heissen, dass der Bundesstaat auch warten wird mit seiner Entscheidung über den Eintritt in den Europarat?

B u n d e s k a n z l e r : Ja, das ist eine Frage, auf die ich sehr vorsichtig antworten muss. Je nach dem Ausfall dieser Antwort könnte ich mir vorstellen, dass die Meinung im Bundestag und in der öffentlichen Meinung Deutschlands davon erheblich beeinflusst wird.

M ü l l e r - J a b u s c h : Herr Bundeskanzler, Sie haben auch die Vertreter der Jüdischen Gemeinde empfangen. Es ist darüber leider nur sehr wenig bekanntgeworden. Ich hörte, dass das eine besonders schöne Unterhaltung gewesen ist. Ich wäre dankbar, wenn wir darüber etwas hören könnten. Wir haben in den letzten Tagen wieder von vereinzelt Schändlichkeiten vernommen. Ich glaube, hier wäre es ganz angenehm zu hören, wie Sie diese Sache beurteilen.

B u n d e s k a n z l e r : Meine Damen und Herren! Ich habe zweimal eine Aussprache mit Vertretern der Jüdischen Gemeinde gehabt, gestern nachmittag in Wannsee und vorgestern hier im Rathaus Schöneberg. Diese Aussprachen mit den Vertretern der Jüdischen Gemeinde haben sich nicht auf diese antisemitischen Ausschreitungen erstreckt. Überhaupt sind sie nicht erwähnt worden, die hier und da in Deutschland in der letzten Zeit stattgefunden haben, sondern diese Aussprachen mit den Vertretern der Jüdischen Gemeinde bezogen sich auf Wünsche der Juden im allgemeinen, Wiedergutmachung, ihre Acco-

Anerkennung usw. Ich traue mich, hier sagen zu können, dass, ich glaube, ich kann das sagen, die Juden nicht nur hier in Berlin, sondern auch die Juden drüben im Lande zu mir Vertrauen haben. Ich stehe auch noch in ständiger brieflicher Fühlung mit jüdischen Emigranten aus Köln, wo ich ja bekanntlich früher Oberbürgermeister gewesen bin, und die mir regelmässig schreiben. Ich darf aber, Herr Müller-Jabusch, ein Wort anknüpfen an diese jüdischen oder antifüdischen Kundgebungen der letzten Zeit in Hamburg und Frankfurt. Ich glaube, dass auch auf einem Jüdischen Friedhof in den letzten Tagen irgend etwas geschehen, etwas gestohlen worden ist. Meine Damen und Herren, ich empfinde diese Ausschreitungen als ausserordentlich peinlich für uns Deutsche. Einen Menschen wegen seiner Zugehörigkeit zu einer Religion oder zu einer Rasse zu verfolgen ist in meinen Augen eine Schande, und ich bedaure all diese Dinge ganz ausserordentlich. Ich darf hier in diesem Kreise - das ist aber auch wieder nicht für die Öffentlichkeit bestimmt - Ihnen ein persönliches Erlebnis von mir sagen. Als es mir im Jahre 1933, meiner Familie und mir, ausserordentlich schlecht ging, finanziell und auch sonst, sind es zwei Juden gewesen, die zu mir gekommen sind und mir finanzielle Hilfe angeboten haben und kein einziger Christ.

M ü l l e r - J a b u s c h : Herr Bundeskanzler, Sie haben das uns eben vertraulich gesagt. Ich glaube, wir könnten nichts Schöneres tun, als wenn wir das gegen Ihren Willen veröffentlichen, - aber nur mit Ihrem Einverständnis - . (Grosse Heiterkeit).

B r a n n e r : Darf ich, Herr Bundeskanzler, einige Fragen kurz vortragen, die der Kollege von der "New York Herald Tribune" vorgebracht hat: Welches ist die wesentlichste Frage, von der Sie, Herr Bundeskanzler, gestern sagten, Sie müsse geklärt werden, bevor Deutschland der Europa-Union beitreten kann? Haben Sie einen bestimmten Termin ins Auge gefasst, an dem die Revision des Besatzungsstatutes erfolgen soll? Glauben Sie, Herr Bundeskanzler, dass in nächster Zeit die Möglichkeit besteht, dass die Truppen aller vier Besatzungsmächte aus Deutschland zurückgezogen werden und dadurch Ost- und Westdeutschland sich wieder vereinigen können? Welche besonderen Massnahmen werden von der Bundesregierung getroffen, um den Vorschlag freier Wahlen in ganz Deutschland voranzutreiben? Ist Ihnen

bekannt, Herr Kanzler, ob von Seiten der Westmächte geplant ist ... (Zwischenruf: Das ist ja ein Interview und keine Frage!)... Ich bitte, wir sind gleich zu Ende, zunächst in allen vier Sektoren, später in allen vier Zonen Deutschland freie Wahlen vorzunehmen.

B u n d e s k a n z l e r : Also, ich werde kurz der Reihe nach antworten. Erstens: Welches ist die wesentlichste Frage ... Sehen Sie, daran habe ich gedacht, dass das kommen würde und deshalb habe ich gesagt, ich werde nicht auf jede Frage antworten können. Sie werden das aber verstehen, meine Damen und Herren. So lange man auf eine Frage keine Antwort hat, ist es nicht richtig meiner Meinung nach, wenn man mit dieser Frage an die Öffentlichkeit geht. Die zweite Frage: Haben Sie einen Termin ins Auge gefasst, an dem die Revision des Besatzungsstatutes erfolgen sollte? Ja, das kommt ja nun darauf an, ob die anderen einen Termin ins Auge gefasst haben. Aber ich habe gestern abend oder vormittag gesagt: als das Besatzungsstatut erlassen worden ist, hat man gesagt, frühestens nach einem Jahr oder eineinhalb Jahren, oder im Herbst dieses Jahres, sollte es einer Revision unterzogen werden. Ich glaube, meine Damen und Herren, die Ereignisse entwickeln sich in Europa und in der Welt sehr viel schneller, als man das bei dem Erlass des Besatzungsstatutes hatte annehmen können und deswegen sollte man, weil man nun einmal einen Termin genannt hat, nicht sklavisch an diesem Termin festhalten, sondern man sollte den Termin wählen je nach der Entwicklung der Dinge. Dass das Besatzungsstatut schon heute oder morgen oder übermorgen völlig aufgehoben werden sollte, weiss ich nicht, das müssen wir abwarten. Meine Damen und Herren, wir von der Bundesrepublik Deutschland wissen ja im allgemeinen weniger als dieser Herr hier von der "New York Herald Tribune", der wahrscheinlich über die Dinge besser unterrichtet ist als ich es bin. Und daher möchte ich einige Fragen gern von ihm beantwortet haben (Heiterkeit), zum Beispiel die Frage über den Rückzug aller Besatzungstruppen. - Welche besonderen Maßnahmen werden von der Bundesregierung getroffen, um den Vorschlag freier Wahlen in ganz Deutschland voranzutreiben? Ja, meine Damen und Herren, wir können nur immer wieder darauf drängen, dass diese freien Wahlen kommen und wir kön-

können nur vorstellig werden bei den Alliierten. Wir selbst können ja nichts weiter machen. Aber ein Wort möchte ich noch hinzufügen: Wenn die freien Wahlen kommen - hoffentlich kommen sie - dann muss auch dafür gesorgt werden, dass nicht nur die Wahlen frei sind, sondern dass auch den Wählern nach der Wahl nichts passiert. - Ist Ihnen bekannt, heisst es dann hier, ob von Seiten der Westmächte geplant ist, den Russen feste Vorschläge zu machen für freie Wahlen, zunächst in allen vier Sektoren Berlins und später in allen vier Zonen Deutschlands? Ich glaube, der Herr Frager weiss auf dem Gebiete mehr als ich und daher glaube ich, wollen wir mal die nächsten Tage abwarten, ob die eine Antwort bringen. -

Glauben Sie, das ist die letzte Frage, dass in Anbetracht der Berichte aus Ostdeutschland über die Aufstellung einer Militärmacht dort die Zeit jetzt gekommen ist, um die Ratsamkeit der Aufstellung von westdeutschen Streitkräften zu erwägen, die ein Gleichgewicht gegen die ostdeutschen militärischen Verbände bilden könnten. Das ist eine ausserordentlich kitzlige Frage, meine Damen und Herren. Lassen Sie mich darauf folgendes sagen: Wir sind völlig entwaffnet. Unsere Polizei in der britischen und amerikanischen Zone ist derartig örtlich aufgeteilt, dass auch sie kein Instrument der Ordnung im gesamten Lande bildet. Die Bundesregierung selbst, meine Damen und Herren, hat keinen einzigen Polizeibeamten zur Verfügung, und wie die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland sind - Ihre Polizei übrigens macht einen guten Eindruck hier - das können Sie aus folgendem sehen: Es war vor einiger Zeit eine Sternfahrt der Autofahrer nach Bonn geplant, um zu demonstrieren gegen eine Erhöhung der Benzinpreise. Die Bundesregierung in Bonn hat nun mit dem örtlichen Polizeichef in Bonn Fühlung genommen und mit ihm besprochen, überlegt, wie die nun herankommenden Züge möglichst abgelenkt und um das Parlamentsgebäude herumgelenkt werden könnten. Darauf hat der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen (wie heisst denn der ... - (Zwischenruf: Menzel) - einen Brief an die Bundesregierung gerichtet, in dem er gefragt hat, auf Grund welcher Rechte die Bundesregierung überhaupt dazu käme, mit der Polizei eine solche Frage zu besprechen. Dass das alles in allem, meine Damen und Herren, etwas unhaltbare Zustände sind, ich glaube, darüber braucht man nichts weiteres zu sagen. Aber um auf die Frage selbst zurückzukommen: Die Aufstellung westdeutscher Streitkräfte, das, meine Damen und Herren, wünschen wir nicht. Wir haben genug vom Kriege. Wir wünschen in erster Linie, dass die

Grossen sich vertragen und dass wieder wirklicher Friede kommt, damit auch das deutsche Volk sich erholen kann von den Jahrzehnten, die es hinter sich hat. (Beifall!)

Gabriele Müller : Herr Bundeskanzler, können Sie uns näher sagen, welche Punkte des Besatzungsstatutes Ihnen besonders revisionsbedürftig erscheinen. Und eine zweite Frage: Bei einer Aussprache mit den Vertretern der evangelischen und katholischen Kirche hier - haben Sie da über die Lage der Kirche in der Ostzone nähere Informationen erhalten und eine Möglichkeit besprechen können, wie vielleicht von der Bundesrepublik aus die Kirche in ihrem Kampf in der Ostzone unterstützt werden kann?

Bundeskanzler : Zu der ersten Frage möchte ich Ihnen folgendes sagen: Ich hoffe, dass die Bundesregierung heute oder morgen oder übermorgen in ein Gespräch zunächst mit den Hohen Kommissaren kommt über die Abänderung des Besatzungsstatutes, und Sie werden verstehen, dass man ein solches Gespräch nicht vorweg nehmen darf, die Stellungnahme zu bestimmten Punkten. Was die zweite Frage angeht, die Stellung der beiden Kirchen in der Ostzone, so habe ich darüber mit den Vertretern der beiden Kirchen gesprochen und habe von ihnen ausserordentlich ungünstige und pessimistische Angaben bekommen. Es scheint, dass man jetzt in der Sowjetzone zu verstärktem Druck auch gegen die Kirchen übergeht. Es war ja zu erwarten, meine Damen und Herren. Einer der wesentlichen Punkte nach unserer Rückkehr nach Bonn wird sein, dass wir im Schoße der Bundesregierung überlegen, in welcher Weise man den christlichen Kirchen helfen kann. Ich glaube, ganz gleichgültig welcher Konfession man angehört oder ob man überhaupt einer der beiden christlichen Kirchen angehört, vom deutschen Standpunkt und damit vom europäischen Standpunkt aus ist es gut, Mittel und Wege zu suchen, um die Arbeit der Kirchen in der Sowjetzone so gut es geht aufrecht zu erhalten.

Dr. Hirsche : [Herr Bundeskanzler, Sie haben vorgestern das Bundeshaus hier eröffnet, in dem eine Anzahl Bundesdienststellen untergebracht sind. Besteht die Absicht, weitere Bundesstellen, Bundesbehörden nach Berlin zu legen und wann ist daran gedacht? Die zweite Frage, die damit wohl auch zusammenhängt: Hat die Bundesregierung die Absicht, Maßnahmen zur Förderung des Pendelverkehrs nach Berlin zu treffen. Denn wenn Ihr Besuch Sie so tief beeindruckt hat, dürfte

anzunehmen sein, dass auch westdeutsche Besucher bei einem Besuch in Berlin, der ihnen durch solche Massnahmen erleichtert werden könnte, bleibende Eindrücke nicht nur mitnehmen würden, sondern wahrscheinlich ihre Stellung zu Berlin ebenfalls überprüfen könnten.

B u n d e s k a n z l e r : Was die zweite Frage angeht, so würde ich es sehr begrüßen, wenn möglichst viele massgebende Vertreter von westdeutschen Organisationen einmal nach Berlin kämen. Ich möchte das nicht Freudenverkehr nennen, aber ich habe gefunden, namentlich vorgestern in einer längeren Unterhaltung mit den Vertretern der verschiedensten Frauenorganisationen, dass das politische Interesse gerade der Frauen in Berlin und in der Sowjetzone sehr viel stärker ist, als in der Bundesrepublik Deutschland, und ich glaube, ich habe das auch den Damen empfohlen, sie sollten die Vertreterinnen ihrer Organisationen einmal zu einem Aufenthalt nach Berlin einladen. Das würde, glaube ich, sehr gut wirken, erzieherisch für diejenigen, die aus dem Westen kommen, und sie würden auch manches hier lernen. Was die erste Frage angeht, - die Bundesbehörden - darf ich Ihnen folgendes sagen: Ich habe gestern abend in einer CDU-Versammlung das Thema kurz anklängen lassen, das Thema der endgültigen Hauptstadt eines wiederhergestellten Deutschlands. Ich habe gesagt, dass wir jetzt provisorische Zustände haben und ich habe weiter ausgeführt und möchte das auch hier wiederholen, dass, wenn der endgültige Zustand Deutschlands wieder da ist, dass dann auch die Frage seiner Hauptstadt von neuem geprüft werden muss, und es bedarf wohl keiner grossen Kombination, keines grossen Nachdenkens, um zu sagen, dass je nach dem, diese endgültige Wiedernerstellung Deutschlands erfolgen wird, die Augen sich unwillkürlich auf Berlin richten werden. Zu der Frage der Bundesbehörden - ich habe manchmal den Eindruck, meine Damen und Herren, als wenn man von Berlin aus diese Frage überschätzt. Ich für meine Person - und namentlich nach meinem jetzigen Aufenthalt in Berlin, bin ich in dieser Meinung bestärkt worden, lege viel grösseren Wert darauf, dass das Bundeshaus in der Bundesallee - und ich darf vielleicht den Moment ausnutzen, um Ihnen, verehrter Herr Oberbürgermeister, für diese Aufmerksamkeit, dass Sie aus Anlass der Eröffnung des Bundeshauses die Strasse in Bundesallee umgeteufelt haben, besonders herzlich zu danken - ich wiederhole, ich erlicke in einem guten und sehr selbstbewussten Ausbau des Bundeshauses - jetzt das nicht

bsulich genommen, Sie werden mich verstehen - etwas sehr viel Wesentlicheres, und ich habe auch nach der Richtung bestimmte Ansichten mir hier gebildet und Meinungen, die ich nach der Rückkehr mit dem Bundeskabinett und insbesondere mit Herrn Bundesminister Kaiser einmal überlegen werde. Da glaube ich, müssen wir besonders viel tun, denn für den engen Zusammenhalt Berlins und Westberlins zum Sowjetsektor, zur Sowjetzone hin ist es besonders wichtig, dass wir diese - verzeihen Sie den haselichen Ausdruck - Dependance der Bundesregierung, dass wir die gut ausbauen. Das ist noch wichtiger als wenn Sie Bundesbehörden hier haben. Aber auch auf dem Gebiete tun wir, was wir leisten können.-

Im Anschluss darf ich Ihnen noch folgendes sagen, das, was ich heute morgen Herrn Oberbürgermeister Reuter sagte - beinahe hätte ich in Gedanken an vergangene Zeiten gesagt, Herr Kollege Reuter, (zu Herrn Oberbürgermeister Reuter gewandt): nehmen Sie es mir nicht übel - : wir werden morgen oder Freitag in Bonn mit dem Bundesfinanzminister Schaeffer zusammentreten und wir werden versuchen, die augenblicklichen Schwierigkeiten, die Berlin hat, und die sich wahrscheinlich auch noch auf die nächsten Monate erstrecken werden - Herr Haas, machen Sie nicht ein zu frohes Gesicht, aber es ist mir ernst gemeint, Herr Haas, es sind keine Worte - schnellstens zu beheben und dafür zu sorgen, dass Berlin, die Stadt Berlin, in der gesamten Sowjetzone den Eindruck eines festen Staates und eines gesicherten Landes, und dass die Westberliner Wirtschaft den Eindruck einer gesicherten Wirtschaft hervorruft. Das ist das beste, was wir für die Sowjetzone im gegenwärtigen Augenblick tun können. (Beifall.)

E r i k R e g e r : Herr Bundeskanzler, Sie haben in diesen Tagen viel von den Wünschen der Berliner gehört, in die Bundesrepublik einzuziehen zu werden. Sie haben selbst von diesen Wünschen gesprochen. Können Sie sagen, wollen Sie uns sagen, welche besonderen Gründe innerdeutscher Art, abgesehen von den Reservationen der damaligen Militärregierungen im Anschluss an das Bonner Grundgesetz, abgesehen von den Warnungen, die zur Zeit ab und zu von den Alliierten ausgesprochen werden, welche besonderen Gründe innerdeutscher Art die Bundesregierung davon abhalten, von sich aus einen Schritt in dieser Frage zu tun?

B u n d e s k a n z l e r : Herr Regier, ich kann wohl die Frage mit zwei Worten beantworten: Curia inq. ]

B r a m m e r : Ernst Reuter vom "Sozialdemokrat" (Heiterkeit)  
(Zwischenruf: "Berliner Stadtblatt").

O b e r b ü r g e r m e i s t e r R e u t e r : Der "Sozialdemokrat" hat auch noch eine besondere Note. -

Herr Bundeskanzler, ich hatte eine Frage an Sie zu richten, bei der ich dankbar wäre, wenn wir eine klare Antwort von Ihnen bekommen könnten. Wir sind in Berlin im Juni/Juli vorigen Jahres in eine sehr kritische Situation hineingekommen, deren Auswirkung allen bekannt ist. Es hat ungeheure Nerven gekostet, uns durch diese Zeit hindurchzusteuern. Es gibt Politiker oder es wird gesagt, es gäbe Politiker, sogar Ihnen nahestehende, die daraus den Schluss zogen, dass eigentlich die Alliierten Berlin aufgeben hätten. Haben Sie, Herr Bundeskanzler, aus Ihrer ständigen Berührung mit den Alliierten, mit der Hohen Kommission und dem Petersberg irgend einen Anlass, eine solche Meinung oder eine Andeutung einer solchen Meinung für richtig zu halten?

B u n d e s k a n z l e r : Ich habe aus allen Gesprächen, die ich mit den Hohen Kommissaren geführt habe, genau den entgegengesetzten Eindruck, den Eindruck, dass die Westalliierten Berlin absolut behaupten wollen, und Herr - wie soll ich jetzt sagen - Herr Ernst Reuter hat vorsichtig angedeutet, dass ein mir nahestehender Politiker eine dahingehende Äusserung gemacht habe. Dem Herrn Bundesfinanzminister Schaeffer wird nachgesagt, dass er eine solche Äusserung, wie es heisst, im vertrauten Kreise, auf einer Pressekonferenz, gemacht habe. Ich habe das Nichterscheinen des Herrn Schaeffer schon vorgestern entschuldigt. Ich darf es auch hier nochmals sagen in diesem Kreise: Die Gebeine seines in Italien gefallenen Sohnes wurden umgebettet. Der Termin war schon lange festgesetzt und infolgedessen war er in Italien und ist am Sonntagabend oder Montag erst nach Deutschland zurückgekommen. Ich habe aber, nachdem ich von Herr Oberbürgermeister Reuter auch eine Mitteilung bekommen hatte, dass Herr Schaeffer eine solche Äusserung gemacht habe, telefonisch bei ihm anfragen lassen. Er hat erklärt, dass sei nicht wahr. Er habe eine solche Äusserung nicht gemacht. Ich werde nach meiner Rückkehr mit ihm sprechen und ich bin überzeugt, er wird auch in der Öffentlichkeit Stellung nehmen.

K r ü g e r : Ich habe eine Frage zu der staatsrechtlichen Lage Berlins. Die Absicht, Berlin als 12. Land in die Bundesrepublik einzugliedern, ist bekanntlich an Alliierten Widerstanden gescheitert. Wie stehen Sie, Herr Bundeskanzler, oder das Kabinett zu einer möglichen Konstruktion, Berlin als Bundesdistrikt zu erklären? Ich denke an das Beispiel in den USA mit Washington, was gerade für die Berliner Situation als Plattform des ersten Schrittes zu einer Einigung Deutschlands, nämlich vorherige Einigung ganz Berlins, führen könnte. - (Zwischenruf: Die Washingtoner haben kein Wahlrecht!)

B u n d e s k a n z l e r : Keine Damen und Herren!

Ich werde dieser Anregung gern nachgehen. Mit Bezug auf Berlin kann man ja von hergebrachten Begriffen des Staatsrechtes überhaupt nichts mehr sagen. Es hat mich sehr eigenartig und schmerz-  
lich berührt, dass der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutsch-  
land, die berufen ist, nach dem Grundgesetz für alle Deutschen zu  
sprechen, sich hier als Gast hat fühlen müssen. Auch wenn ich noch so freundlich und so gastlich aufgenommen worden bin, ein etwas schmerzliches Gefühl ist doch aufgetreten. Man wird, glaube ich, bei der Frage Berlin im Augenblick berücksichtigen müssen, dass alles, was Berlin betrifft, eine Frage der internationalen Politik ist, und das deswegen, da die Alliierten wünschen - mit Recht wünschen, dass mit besonderer Vorsicht all diese Fragen behandelt werden. Über ich kann nur nochmals sagen, und damit komme ich auf die Frage von Herrn Reger zurück, die ich nur sehr kurz beantwortet habe - wenn ich Herrn Reger, den ich seit langen Jahren kenne, richtig verstanden habe - und ich glaube, ich habe ihn richtig verstanden - dann hat er so geglaubt, ich sage es platt heraus, Herr Reger, es wären parteipolitische Momente ...

R e g e r : Nein (Zwischenruf: Er ist noch etwas weitergegangen ..

B u n d e s k a n z l e r : Sagen Sie nochmal Ihre Gedanken ...

R e g e r : ... Gedanken, die ich, wie niedergeschrieben habe. Ich habe das Gefühl, dass die Bundesregierung, und Sie haben eben: selbst gesagt, dass die Alliierten wünschen, Berlin sei eine internationale Angelegenheit und die Alliierten wünschen mit Recht, dass diese Frage mit Vorsicht behandelt würde. Wir in Berlin haben von dieser Vorsicht unsere besondere Meinung bzw. von den Folgen, die diese Vorsicht haben wird auf die Dauer, und mein Gedanke ist der: ich habe den Eindruck, dass die Bundesregierung aus Besorgnis vor alliierten Einsprüchen sich scheut, eine Initiative zu ergreifen und die Alliierten in dieser Frage vor eine klare historische Verantwortung zu stellen, d.h., einen Schritt zu tun, zu dem die Alliierten dann Ja oder Nein hinterher zu sagen haben. Mir scheint, es ist ausserordentlich notwendig, dass diese Verantwortung den Alliierten aufgeladen wird. Das sind meine Gedanken, und ich glaube, dass Deutschland die Alliierten mitreißen kann, wenn es eine Initiative ergreift. Ich denke nicht an parteipolitische Momente, Herr Bundeskanzler, auch nicht an konfessionelle oder dergl.

B u n d e s k a n z l e r : Meine Damen und Herren! Dann freue ich mich, dass Herr Reger das einmal zur Sprache gebracht hat. Die Politik der Alliierten gegenüber Berlin hat ja erst seit einer gewissen Zeit eine uns Deutsche sympathischere Form angenommen. Für uns Deutsche, auch für uns Westdeutsche, war die Politik der Alliierten mit Bezug auf Berlin lange Zeit viel zu nachgiebig gegenüber Sowjetrußland, und es lässt sich gar nicht bestreiten - darin hat, glaube ich, Herr Reger Recht, - dass, wenn einmal die Geschichte dieser Zeit geschrieben wird, man darauf wird hinweisen müssen, dass man von Seiten der Westalliierten viel zu lange gezögert hat, die Augen aufzumachen. Nun scheint es aber, als wenn sie jetzt die Augen und Ohren geöffnet haben.

Die Angelegenheit, Herr Reger, ist wohl auch für Berlin zu gefährlich, als daß man es wagen könnte, nicht in Einklang mit den Westalliierten dabei zu handeln. Ich will mich nicht weiter ausdrücken, aber ich habe es im Gefühl, daß wir die Entwicklung, wie sie eingetreten ist, bei den Westalliierten vielleicht ungünstig beeinflussen, wenn wir sie in der Öffentlichkeit zu stark weiter treiben. Wir setzen uns dann der Gefahr aus, daß die Westalliierten davon abrücken, und das würde ich auch für Berlin nicht für günstig halten. Man muss sich bei dieser sehr diffizilen Angelegenheit, namentlich wenn man mit über hundert Journalisten zusammen ist, ausserordentlich vorsichtig ausdrücken, und deswegen möchte ich den Herrn Vredner nur das eine sagen: wir in Westdeutschland haben den herzlichsten Wunsch und den dringendsten Wunsch, daß Berlin möglichst bald ein Land der Bundesrepublik wird. Was wir dabei tun können, das werden wir tun und wir werden auch versuchen, an anderer Stelle darauf hin zu wirken.]

**B r a u n e r :** Darf ich darauf hinweisen, dass ausser dem Herrn Bundeskanzler, der gewiss für weitere Auskünfte noch zur Verfügung steht, für Spezialfragen auch der Herr Minister für gesamtdeutsche Fragen und die Herren Wirtschafts- und Justizminister zur Verfügung stehen.

**K a i s e r :** Ich möchte zur Sache Reger - Bundeskanzler Adenauer noch ein Wort sagen. Ich habe die Frage sehr genau verstanden und ich habe einen Zwang, Ihnen folgendes zu sagen: Ich würde es für richtig und nützlich und gut halten, wenn wir uns immer daran erinnern, daß Bundeskanzler Dr. Adenauer in seiner Eigenschaft als Präsident des Parlamentarischen Rates, als Mann der Christlich-Demokratischen Union es war, der bei den Beratungen um das Grundgesetz den Antrag eingebracht hat, den Antrag aller Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, Berlin gilt als zwölftes Land der deutschen Bundesrepublik. Ich glaube, das ist wichtig, daß man <sup>das</sup> in Auge faßt, damit nicht ein Hauch von Besorgnis irgendwo haften bleibt, als wenn auch nur irgendeiner - abgesehen von den Kommunisten - drüben im Bereich der deutschen Bundesrepublik irgendwie zögert.

In übrigen, Herr Reger, Sie haben es veranlasst und im guten Sinne zu verantworten. Ihre Feder hat diese Frage in letzter Zeit wiederholt angesprochen und schon kamen warnende Einsprüche sowohl von London wie von Paris. Auch das ist beachtet worden.

( Zwischenruf: Nur von London aus und Paris)

Bundeskanzler: Washington hört auf London und Paris. ]

Kaiser: Was Herr Reger gesagt hat, ist, darüber nachzudenken, ob der Augenblick erreicht ist, in dem man weitere Schritte unternehmen kann.

Dr. Hirsch: Da der Herr Bundesfinanzminister nicht hier ist, nehme ich an, daß ich an den Herrn Bundeskanzler einige diesbezügliche Fragen in finanzieller Hinsicht richten kann. Wenn Berlin seinen Etat 1950 noch nicht verabschiedet hat, so liegt einer der Gründe dafür wohl mehr darin, daß Berlin sich über den Umfang der Zuschüsse, der Etat-Zuschüsse von Bund, noch nicht recht im klaren ist. Stimmt es, wie eine Vwd-Meldung dieser Tage sagte, daß der erste Betrag von 37 Millionen Mark, der bisher mindestens als Grundbetrag zugesichert war, künftig nicht mehr in dieser Höhe gewährt werden soll, sondern das von Monat zu Monat gewissermaßen festgestellt werden sollte, was Berlin benötigt oder nicht. Von dieser Frage hängt natürlich sehr wesentlich ab, ob Berlin seinen Etat ordnungsgemäß aufmachen kann.

Dr. Voelkel: Die Frage der finanziellen Regelung Berlins, hat der Bundeskanzler angedeutet, wird in der nächsten Zeit in Bonn entschieden werden mit Rücksicht darauf, daß der Bundesfinanzminister gehört werden muss. Die Vorbereitungen dazu sind voll getroffen. Wenn von Bonn aus eine Summe von 25 Millionen Mark monatlich als fester Zuschuss genannt worden ist und nicht 37 Millionen, so liegt das sachlich in folgender begründet: 25 Millionen sind ungefähr die

Beträge, die aus den für Berlin bestimmten Steuern und aus dem Klotzpfiler regelmäßig monatlich eingeht. Diese Summe ist in Fortsetzung der Frankfurter Beschlüsse bis 31.12.1950 auch vom Bundestag weiter beschlossen worden. Diese Summe steht vollkommen fest. Diese Barsummen sind nicht ganz, weil im März vorigen Jahres mit Rücksicht darauf, daß die Bundesfinanzen ja abhängen von den Zuschüssen der Länder bis 31.3.1950 mit den Ländern Vereinbarungen getroffen worden sind, zu diesen 25 Millionen einen Zuschuss von den Ländern aus in Höhe von 12 Millionen zuzugeben. Und diese Zuschüsse der Länder sind mit dem 31.3.1950 erloschen, weil von 1.4.1950 ab der Bundesetat an sich im Grundgesetz mit festgelegten Steuern gespeist werden kann, wozu Steuern, die den Ländern zustehen, genommen werden können. Diese Summe bedeutet nicht, dass damit die Hilfe des Bundes, die Darhilfe oder Kredithilfe des Bundes erschöpft ist.

Herr R o s (Tag): Herr Bundeskanzler, darf ich die Frage stellen, ob die Bundesregierung die Sowjetisierung der Ostzone als eine bewusste Aggression gegen den Frieden ansieht, darf ich fragen, ob Sie diese Sowjetisierung als eine imperialistisch vollendete Annexion ansehen, darf ich fragen, ob die Bundesregierung der Meinung ist, daß die Westmächte mit genügender Energie dagegen protestiert haben und darf ich fragen, ob die Bundesregierung in Bezug auf die Ostzone die volle Anwendung der Atlantikcharta für uns beansprucht?

B u n d e s k a n z l e r : Meine Damen und Herren, das wären vier Fragen, die ich versuchen will, kurz zu beantworten: Eine vollendete Einverleibung kennen wir nicht, sondern wir werden immer unseren Anspruch auf den deutschen Osten aufrecht erhalten. Wir werden dieser Einverleibung nicht zustimmen, niemals. Was da nun gesagt worden ist im Hinblick auf die Alliierten, meine Damen und Herren, das bringt mich bei der Beantwortung in eine Verlegenheit. Ich möchte ganz allgemein Ihnen folgendes sagen: Es scheint in allen auswärtigen

Ämtern der Welt so zu sein, dass sie sehr vorsichtig, langsam und behutsam sind, dass sie nicht gern voranschreiten und dass sie weder sich selbst noch einem anderen gern auf die Füße treten und daher glaube ich, dass die auswärtigen Ämter manchmal etwas zu vorsichtig sind. Aber wir können ja nicht viel daran ändern, wie überhaupt - das möchte ich doch mal in diesem Kreise sagen - bei den Alliierten unser Einfluss ausserordentlich gering ist. Man, meine Damen und Herren, behandelt - im allgemeinen wenigstens - die deutschen Belange unter dem Gesichtspunkt der Eigeneigenschaften und nicht etwa unter dem Gesichtspunkt der deutschen Interessen oder der Menschenrechte oder der Atlantikcharta oder sonst einer Charta, und daraus ergibt es sich ohne weiteres, dass wir nur sehr langsam weiterkommen werden, dass wir erst dann mit unseren deutschen Interessen weiterkommen werden, wenn die Alliierten, die Westalliierten, eingesehen haben, dass die Förderung der deutschen Wünsche ihren eigenen Interessen entspricht. Ich bitte Sie wirklich, meine Damen und Herren - Sie selbst werden diese Illusion ja nicht haben - aber auch Ihre Leser von den Illusionen freizuhalten, als wenn man uns zuliebe viel täte. Davon kann gar keine Rede sein. Und noch etwas anderes bitte ich festzuhalten. Ich knüpfe an eine Zwischenbemerkung von Ihnen, Herr Reger, an. Die drei Westalliierten werden ihre Einigkeit nicht uns zuliebe gefährden, das heisst, Sie sagten bei dem Zwischenruf London und Paris, Washington nicht, da mögen Sie recht haben, aber wir müssen uns auch darüber klar sein, auch wenn die drei Westalliierten in dieser oder jener wichtigen Angelegenheit in Bezug auf Deutschland verschiedener Meinung sind, sie haben so viel andere gemeinsame Interessen, dass sie den deutschen Interessen zuliebe nicht uneinig werden, und damit kommt es ja, dass wir nur so weit immer weiter kommen, als derjenige der drei Westalliierten, der in der betreffenden Frage die grössten Hemmungen hat, will, und dass wir sehr viel dazu aufbringen müssen. Es kommt hinzu- und darüber muss man sich auch klar sein - dass die Stimmung gegenüber Deutschland in weiten Kreisen der westalliierten Länder, die Volksstimmung, nicht so günstig ist, wie wir uns das vielfach einbilden. Und das alles mahnt uns dazu,

Geduld und immer wieder Geduld zu haben, auf nichts zu verzichten, aber sehr langsam und methodisch versuchen weiter zu kommen.

B r a n n e r : Wir haben nur noch eine Viertelstunde zur Verfügung und ich bitte Sie weitere Fragen zu stellen.

"Schwedischer Kurier": Herr Justizminister, was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun um die Tätigkeit der reaktionären Elemente einzuschränken, durch ein Gesetz oder durch sonstige andere Massnahmen?

Dr. D e h l e r : Ich bitte Sie, diese reaktionäre Aktion nicht zu überschätzen. Sie ist zwar sehr gross, wenn man ihre Presse liest, und man muss den Vorwurf machen, dass diese Dinge künstlich vergrößert werden. Was sich alles um Kerner, Hedler und manche andere abgespielt hat, sind doch Handwechsellagen, die für unser politisches Leben nach meiner Meinung nicht charakteristisch sind. Ich bedauere es, dass gerade in Ausland ein falscher Eindruck entsteht, als ob hinter diesen Handgestalten sich eine größere Bewegung befindet. Das ist nicht der Fall. Sie wissen ja, dass wir die Dinge nicht unterschätzen. Es hat die SPD eine Vorlage im Bundestag eingebracht um auch strafrechtlichen Schutz der Demokratie und ihrer Einrichtungen und ihrer Organe sicherzustellen. Wir haben von uns aus eine sehr ausführliche Novelle zum Strafgesetzbuch in dieser Richtung ausgearbeitet, die jetzt dem Kabinett vorliegt, und möglichst bald verabschiedet werden soll. Sie wissen, dass wir uns auch hier auf einem schmalen Weg bewegen. Jede strafrechtliche Massnahme bedeutet auf der anderen Seite eine Beeinträchtigung der demokratischen Freiheit, die uns ja allen am Herzen liegt. Wir überlegen, ob wir die englische Bestimmung einführen können, die es der Presse verbietet, an Strafprozessen, besonders an politischen, nur sehr vorsichtig Stellung zu nehmen, kein Urteil anzubringen, bevor nicht das Verfahren rechtskräftig ist. Ich werde das Problem zur Disposition stellen und Sie werden sich, wenn Sie reagieren werden, wenn das Strafgesetz Ihnen vorliegt.

Frage: Es spricht Herr Reuter (von Stadtblatt):  
 Herr Bundeskanzler, die Herren Bundesminister! Bei den Verhandlungen, die die Vertreter des Berliner Magistrate und der Herr Bundeskanzler und das Bundesministerium in Oktober 1949 gehabt haben, bestand nach meiner Erinnerung Übereinstimmung darin, dass ein günstiges Steuergefälle zu Gunsten Berlins eintreten müsse. Es bestand ferner Übereinstimmung, dass jede Steuerermässigung, die in Westen eingeführt wird, auch in Berlin eingeführt werden muss und darf, dass die Genehmigung szuzagen in dem Augenblick erteilt worden ist, in dem eine solche Steuerermässigung in Westen Tatsache geworden ist. Wir haben alle hier in unserer Berliner Presse mit einem gewissen Erstaunen eine angebliche oder wirkliche Erklärung aus Bonn gelesen, wonach Berlin ja gar nicht verpflichtet sei, die Steuerermässigung namentlich bei der Einkommensteuer einzuführen. Eine solche Haltung sei rein physikalisch verständlich, denn die Einführung einer Steuerermässigung bedeutet natürlich mindestens vorübergehend eine gewisse Verringerung unserer Einnahmen. Nationalökonomisch aber ist es wohl doch nach allgemeiner Überzeugung, ganz gleich, wie man persönlich zu dieser Steuerermässigung steht, eine ungeheure Erschwernis der Berliner Situation. Wie sollen Menschen aus den Westen nach Berlin kommen, wenn sie hier schlechter behandelt werden als in Westen. Darf ich, Herr Bundeskanzler, an Sie oder an die Herren Minister, die Frage richten, ob diese Erklärung eine Art Falle gewesen ist oder ob die Bundesregierung nach wie vor zu der Erklärung steht, die in Oktober 1949 namens der Bundesregierung von Herrn Bundesfinanzminister im Bundestag verkündet worden ist, dass Steuerermässigungen des Westens auch in Berlin Platz greifen dürfen. Es ist natürlich für uns von grösster Bedeutung, auf diese Frage eine klare Antwort zu haben.

Bundeswirtschaftsminister Erhard: Meine Damen und Herren, es ist nicht zu bestreiten, dass im Oktober vorigen Jahres ein derartiger Beschluss gefasst worden ist, er bezog sich allerdings nicht nur auf Steuergesetze und Steueranlegungen, sondern überhaupt auf die gesetzliche Anpassung Berlins an alle Gesetze des Bundes. Ich bin nicht berechtigt und auch zu wenig unterrichtet, um für den Herrn Finanzminister zu sprechen.

Ich kann mir nicht denken, dass er von sich aus irgendeine Erklärung abgegeben hat, die diesen im Oktober protokollierisch gefassten Beschluss irgendwie widerlegt. Ich kann von mir aus sagen, dass ich es allerdings für selbstverständlich halte, dass wir zur Herstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen und gleicher Startbedingungen in der Wirtschaft von steuerlichen Vergünstigungen, die im Bundesgebiet gewährt worden sind oder gewährt werden, auch die Berliner Wirtschaft und die Berliner Bevölkerung profitieren lassen. Der Beschluss lautet: Anpassung an die Steuergesetze des Bundes, aber nicht nur an die Steuergesetze, sondern Anpassung der gesamten Berliner Gesetzgebung an die Bundesgesetzgebung.

Bundeskanzler: Dieser Beschluss ist deshalb gefasst worden, um den Eintritt Berlins als zwölftes Land vorzubereiten und in den Wunsch, dass wir schließlich die gleiche Gesetzgebung haben, sodass der letzte Akt nur noch ein formeller Akt sein würde. Ich kann mir nicht vorstellen, dass eine derartige Erklärung, wie sie Herrn Oberbürgermeister Reuter - in Nebenamt Journalist, meine Damen und Herren -, als Erklärung eines Bonner Regierungsvertreters mitgeteilt wurde, das würde unserer ganzen Intention absolut widersprechen. Im übrigen kämpfe ich einen erbitterten Kampf gegen Bonner Regierungsvertreter.

(Heiterkeit)

Weitere Fragen:

Herr G r o s s e r: Die Frage von "Tag" ist nicht restlos beantwortet. Ich möchte bitten, dass Sie das Verhältnis Deutschland zur Sowjetunion noch erweitern.

"Neue Zeitung": Herr Bundeskanzler, aus Bonn liegen Presseberichte vor, wonach CDU-Abgeordnete an Sie mit Bedenken darüber herangetreten seien, dass in Ihren Amt für Auswärtige Angelegenheiten zahlreiche ehemalige Pö's beschäftigt sein sollen.

B B C: Wie weit sind die Stellen der Generalkonsulate, die Deutschland im Auslande haben soll, hat man bestimmte Persönlichkeiten bestellt?

S o n n e n s c h e i n : Ich wäre dankbar, wenn Sie Wilhams dazu sagen könnten, wie die Berliner Wirtschaft wieder gesunden kann. Besonders auch wegen der Finanzierung, die notwendig wäre, wenn nun die Aufträge hier nach Berlin kommen und vorfinanziert werden müssen. Wird das Eis bei den Bundesbehörden gebrochen, Aufträge nach Berlin zu geben, wie wir es gerade in den letzten Tagen nicht erlebt haben ?

B u n d e s k a n z l e r : Meine Damen und Herren, es ist eine aussenpolitische Frage eben angeschnitten worden, die besonders achtsam behandelt werden muss. Ich unterstreiche zunächst den Satz, den ich schon einmal ausgesprochen habe. Wir Deutsche wünschen nicht, dass Deutschland das Schlachtfeld eines Kampfes zwischen Sowjetrussland und den Westalliierten werde. Wir wünschen, meine Damen und Herren, dass ein dauernder Friede eintritt, allerdings, meine Damen und Herren, nicht ein Frieden auf deutsche Kosten. Ich glaube, das letzte Wort schliesst auch die Beantwortung der verschiedenen Fragen in sich, der Friede würde auf deutsche Kosten hergestellt werden zwischen Ost und West, wenn unsere Sowjetzone irgendwie dabei unter einem Drucke bliebe und in einer Unfreiheit bliebe, die deutschen Menschen unerträglich ist. Ich bin gefragt worden nach ehemaligen Pg's in dem kommenden Auswärtigen Amt. Ich schicke voraus, ich bin nie Pg gewesen,

(Heiterkeit)

bin also in der Beantwortung völlig frei und ungehemmt. Es gibt Pg's so und so, aber es gibt hervorragende Stellen bei der Bundesregierung einschliesslich des Auswärtigen Amtes, die auch nicht besetzt werden können mit einem, sagen wir mal harmlosen Pg, und zwar um des öffentlichen Ärgernisses willen. Auf der anderen Seite wissen wir aber mit dieser Spaltung Deutschlands in Gerechten und Ungerechten auch einmal zu Ende kommen. Meine Damen und Herren, es gibt Fälle, in denen frühere Beamte oder auch Wirtschaftler, die nun der NSDAP beigetreten sind, tatsächlich doch den Nicht-Pg's ausserordentlich früher auch geholfen haben. Noch ein weiteres, kommt hinzu, man kann ein Auswärtiges Amt nun nicht aufbauen ohne jeden Zusatz von Leuten, die auf diesem Gebiet eine gewisse Routine und eine gewisse Erfahrung haben. Ich habe neulich gehört,

Man hat diesen Versuch in Italien gemacht hat. Man hat in Italien radikal alle früheren Faschisten nicht mehr aufgenommen und man hat schon nach einem Jahr diesen Grundsatz völlig über Bord werfen müssen und hat doch wieder Leute von früher, die sich nicht kompromittiert hatten, heranziehen müssen. Das möchte ich voran und nun komme ich zu unserem Auswärtigen Amt, das innerhalb des Bundestages und ausserhalb des Bundestages so ausserordentlich viel Kopfschmerzen macht. Einmal, meine Damen und Herren, ist die Behandlung der auswärtigen Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland bis jetzt ein Reservoir der Hohen Kommission, und schon aus dem Grunde können wir nicht einen Aussenminister einsetzen und auch höchstwahrscheinlich nicht einen Staatssekretär des Auswärtigen. Aber wir müssen uns nicht nur mit Konsulaten befassen, sondern wir müssen uns ja auch mit der Entwicklung draussen in den anderen Ländern befassen und daher müssen wir ~~es etwas~~ auch auf diesem Gebiet tarnen, mit Wissen der Alliierten, aber doch dann so hervortreten, dass in den anderen Ländern Radikalinskis wieder sagen: jetzt fangen sie schon wieder an und machen grosse Geschichten. Ich bin bestrebt, das möglichste zu tun, damit sowohl die konsularische Abteilung wie auch das zukünftige Amt ein neues und ein anderes Gesicht bekommt. Ich stehe nicht auf dem Standpunkt, dass nur routinierte Leute von früher da bestellt werden dürfen. Genau auf entgegengesetztem Standpunkt stehe ich, nur soweit wie notwendig ist, damit das allgemeine Wohl nicht Schaden leidet. Und was speziell die Frage nach den Generalkonsulaten angeht, so sind die Vorbereitungen dazu schon sehr weit vorgeschritten. Aber der Aussenstehende macht sich wirklich nicht so leicht ein Bild davon, welche grossen Schwierigkeiten dabei zu überwinden sind. Man muss geeignete Leute haben, und wenn man mit Leuten verhandelt, bekommt man sehr oft einen Korb, weil diese Leute hier im Inlande vielleicht gute Stellungen haben und sich nicht, meine Damen und Herren, den grossen Schwierigkeiten aussetzen wollen, die die ersten auchkonsularischen Vertreter der Bundesrepublik Deutschland im Auslande haben werden. Dabei wollen wir diese, namentlich die grösseren Konsulate, ja nicht lediglich mit einem Generalkonsul, mit einem Vertreter besetzen, wir wollen auch einen Journalisten dabei haben, wir wollen auch dabei einen haben. Bei die ~~Verhältnisse~~ - verhältnisse und die sozialen Verhältnisse der betreffenden

Länder studiert, und so gibt es eine ganze Reihe von Sparten, die alle quasi Ersatz einer politischen Vertretung mit dem Konsul gewähren müssen. Ich kann sagen, ich habe im allgemeinen, wenn einmal zu Journalisten spricht, nicht so schlechte Erfahrungen gemacht, es dürfen aber nicht so viele auf einmal sein

(Heiterkeit)

ich kann auf Einzelheiten nicht eingehen, aber wenn zum Beispiel gesagt wird, bitte, Ihr erster konsularischer Vertreter, der möge doch nicht da seine Büros einrichten, wo der letzte konsularische Vertreter gewesen ist, das würde unangenehm auffallen, es würde die Stimmung beeinträchtigen, oder wenn einem gesagt wird, ja, bei dem gefällt mir das nicht und bei jenem dieses nicht, dann werden Sie daraus ersehen, meine Damen und Herren, dass die Dinge schwieriger sind als es von aussen scheint. Wir möchten nämlich auch mit den ersten Vertretern, die das neue Deutschland ins Ausland schickt, Ehre einlegen. Ich glaube aber, das in wenigen Wochen wir in einer ganzen Reihe von Ländern die ersten konsularischen Vertreter haben werden.

Bundeswirtschaftsminister: Ich begrüße inzwischen Dr. Suhr. Meine Damen und Herren, wir haben gestern früh im sachverständigen Kreis die Fragen der Wirtschaft für Berlin weiter erörtert und eine Reihe von kombinierten Massnahmen, die uns notwendig erscheinen, um hier zu erscheinen. In diesem Zusammenhang wurde auch die Schaffung besserer Verkehrsverbindungen erörtert, insbesondere auf dem Luftwege, in mehr Linien und in häufigeren Flügen. Ich habe mich mit den Vertretern der Hohen Kommissare nicht über diese Frage unterhalten im allgemeinen und im speziellen. Im Hinblick auf etwaige Messen und Ausstellungen, die hier in Berlin veranstaltet werden sollen. Ich möchte glauben, daß wir hier zum Erfolge kommen, und ich werde auch auf organisatorischer Gebiet in den Verhandlungen mit den Institutionen meinen ganzen Einfluss geltend machen, um die menschlichen und persönlichen Verbindungen zwischen Wirtschaftlern draussen und hier in Berlin zu stärken und zu intensivieren. Wir haben die Absicht, den Güteraustausch zwischen Berlin und der Westzone, der immerhin im letzten dreiviertel Jahr schon recht gute Ergebnisse gezeigt hat, weiter zu stärken, und ich sagte gestern in einer Versammlung,

wenn es uns gelungen ist in einem dreiviertel Jahr die monatlichen Umsätze von Berlin zur westdeutschen Wirtschaft von 25 Millionen Mark auf heute ungefähr 75 Millionen Mark zu erhöhen, sollte es uns eigentlich in Anbetracht all unserer Bemühungen möglich sein, etwa bis Ende dieses Jahres den Betrag noch einmal zu verdoppeln. Das kann bei der Wirtschaft, wie wir sie haben, nicht durch Befehl geschehen, sondern wir müssen erst einmal die Berliner Wirtschaft leistungsstark machen und wir müssen echte privatwirtschaftliche Anreize dazu schaffen. Und auch nach dieser Richtung hin haben wir Gedanken erörtert. Sie wissen, dass wir jetzt in der Bundesrepublik eine Umsatzsteuerfreiheit gewährt haben, für Bezüge von Waren aus Berlin nach den Westen. Dieses Gesetz, das bisher Anwendung gefunden hat, sollte auch - nur möchte ich sagen, für den letzten Abnehmer - ausgedehnt werden auf Lieferungen, die von Berlin etwa an Niederlassungen der gleichen Firma im Westen erfolgen. Selbstverständlich, das Kriterium ist ja nicht der Empfänger, seine zufällige Stellung in der westdeutschen Wirtschaft, sondern die Ware aus Berlin, Ware, die in Berlin produziert worden ist, und ich möchte glauben, dass das wichtigste Mittel und erfolgreichste Mittel, um die Berliner Wirtschaft weiter zu stärken, neben der selbstverständlichen Bereitstellung von Investitionskrediten, die jetzt aus der ersten und zweiten Marshallplan-Rate mit rund 200 Millionen festgesetzt worden sind, und das hervorragendste Mittel, das wäre, starke Anreize auf die westdeutsche Wirtschaft und insbesondere auf alle Berliner Firmen, die einmal ausgewandert sind, zu geben, wieder hier in Berlin zu produzieren, und das beste Mittel ist die Gewährung einer höheren, einer relativ hohen Umsatzsteuer, Abschreibungsfreiheit für Investitionen in Berlin. Ich kann darüber auch ohne die vorherige Zustimmung mit dem Herrn Finanzminister sprechen, denn ich sage keine Höhe, aber der Grundsatz als solcher wurde bereits in unserer Besprechung im Oktober festgelegt und auch vom Herrn Finanzminister gebilligt. Es wird in den Verhandlungen der nächsten Wochen darauf ankommen, hier zu ganz konkreten Vorstellungen zu gelangen. Es ist weiter beabsichtigt, durch eine Wirtschaftshilfe in Höhe von 20 Millionen Mark hier Ihren Bankorganisationen die Möglichkeit zu geben, Betriebsmittelkredite zu mobilisieren, die sie aus den Ausgleichsfonds zur Verfügung haben. Auch das Problem

wird in Ordnung kommen und zuletzt haben Sie ja diese aus dem Sofortprogramm schon bereitgestellten vier mal 20 Millionen für die nächsten vier Monate und dahinter noch einen disponierbaren Betrag von 50 Millionen. Und gerade hinsichtlich dieses Betrages oder Teilverwendungen dieses Betrages haben wir gestern auch Erörterungen gepflogen. Ich hatte gestern nachmittag Gelegenheit, hier Ihr Messegelände anzusehen und ich muss sagen, es hat mir ausgezeichnet gefallen. Ich finde es grossartig und es wäre schade, wenn man das nicht ausnützt. Das deckt sich zusammen mit den Plänen, die ich letztmals bei meinem Besuch vor 14 Tagen oder drei Wochen erörtert habe hier in Berlin, als ich sagte, Berlin solle nicht länger eine Insel sein, sondern die Berliner Wirtschaft muss organisatorisch zu einem Bestandteil der Wirtschaft des Bundesgebietes werden, wenn sich diese Intensivierung des Warenverkehrs vor allen Dingen auch nach der Richtung auswirkt, dass die deutlich spürbare Exportbewegung der westdeutschen Wirtschaft auch auf Berlin übergreift. In der Zwischenzeit habe ich erfahren, dass das effektiv schon der Fall ist. Aber ich habe seinerzeit gesagt, wenn wir heute schon mit einer gewissen Befriedigung feststellen können, dass die deutschen Waren auf den Weltmärkten immer weniger Widerstand oder gefühlsmässigen Ressentiments begegnen - es gibt viele Länder, die gern bereits Kunden von uns sind - um wieviel stärker muss dann diese Bereitschaft sein für Waren aus Berlin. Denn es ist kein Zweifel, das stellte ich auf meinen Auslandsreisen fest, Berlin hat nicht nur bei uns den guten Klang, Berlin wird nicht nur bei uns anerkannt als die Stadt, die die Demokratie in äussersten Vorwerk verteidigt hat, sondern ich glaube, alle europäischen Länder, mindestens aber die am Marshallplan beteiligten und auch die, die die gleiche geistige Ausrichtung haben, sind sich der Rolle Berlins bewusst. Und wenn Berlin hier für seine Waren ein besonderes Zeichen prägt, wenn künftighin auf Messen sowohl bei uns als auch auf ausländischen Messen neben deutschen Ausstellungen Berlin noch einmal besonders herausgehoben wird, dann bin ich überzeugt, werden sich auf diesem Felde relativ grosse Erfolge erzielen lassen. Aber wir werden ein weiteres tun.

Wir haben die Absicht und wir sind uns der Schwierigkeit durchaus bewusst, sind uns auch bewusst, dass das letzte Gelingen nicht ganz bei uns hier liegt. Aber es soll an Anstrengungen nicht fehlen, bis September hier eine wirklich grosse internationale Messe zu eröffnen. Nicht eine Ausstellung von Berliner Erzeugnissen, sondern eine Messe des Bundes mit starker Beteiligung des Auslandes. Ich habe auch diese Frage schon den Alliierten erörtert. Ich stellte fest, dass die Bereitschaft vorhanden ist aber es gehört dazu, ich habe keinen Zweifel darüber gelassen, dass die Alliierten auch bereit sind, hier wenigstens von allen europäischen Ländern Flugverbindungen regelmässiger Art von Berlin und nach Berlin und zurück zu legen. Je mehr Berlin hier das internationale europäische Gepräge erhält, desto besser wird uns die Eingliederung gelingen. Ich darf hinzufügen, dass wir auch intensiv geworden sind in der Richtung, dass nicht nur für Investitionen aus Marshallplan-Mitteln im Bundesgebiet Empfehlungen gegeben werden, für Investitionen in Berlin zu Bestellungen bei Berliner Firmen zu benutzen, sondern das möglicherweise es auch gelingt, die Alliierten, die Amerikaner zu veranlassen, in anderen am Marshallplan beteiligten Länder Empfehlungen auszusprechen, Investitionen aus dieser Quelle für Bestellungen in Berlin zu benutzen. Das Programm, das ich vorgeschlagen habe, ist noch nicht ganz erschöpft, aber die wesentlichen Punkte sind behandelt.

(Zwischenruf: Öffentliche Aufträge)

Sie wissen, dass Berlin zum Notstandsbereich erklärt worden ist. Dem Kabinett liegt eine Vorlage vor, wonach auch die Richtlinien festgelegt sind, Richtlinien sehr straffer und strenger Art zu Gunsten von Berlin. Im übrigen möchte ich gleich dazu sagen: Im letzten Kabinett ist der Beschluss gefasst worden, dass die 300 Millionen Kredite für mittel- und langfristige Exportfinanzierung durch Kabinettsbeschluss auch auf die Berliner Wirtschaft ausgedehnt worden sind. Ich glaube, nach dieser Richtung hin sind schon weitere Massnahmen beschlossen und werden in den nächsten drei Wochen noch weiter beschlossen werden. Ich habe auch die Absicht, jetzt diese Dinge fortlaufend in der Hand zu behalten.

mit besonderen Komitees, die wir gestern beschlossen haben, weiter zu beraten und hoffentlich bald dann die Dinge durch die Tat zu krönen.

Brammer: Als letzte Frage möchte ich noch Herrn Dr. Friedensburg das Wort geben, Herausgeber der Vierteljahrshefte für Wirtschaftsordnung.

Dr. Friedensburg: Ich habe noch zwei Fragen zur Berliner Wirtschaftslage auszusprechen. Sie haben gestern zu meiner grossen Freude einen Punkt berührt, um den wir uns schon seit einiger Zeit bemühen, ihn in der Öffentlichkeit stärker zu vertreten. Das ist die Frage der Beteiligung der Westalliierten Mächte an den Finanzlasten für Berlin. Wir hören sehr viel moralische Anerkennung für die Haltung Berlins, hören sie aus berufenstem Munde. Wir haben alle wichtigen Alliierten Staatsmänner in den letzten eineinhalb Jahren hier gehabt, das zeigt, wie stark wir eine gemeinsame Sache des Westens vertreten. Es ist aber leider festzustellen, dass im Juni vorigen Jahres der Anteil, der finanzielle Anteil, der Westmächte an diesen Lasten aufgehört hat und es ist deshalb besonders schmerzlich, daß wir in Berlin monatlich rund 17 Millionen Mark allein für Besatzungskosten zu tragen haben. Es scheint doch eine ganz wesentliche Möglichkeit für die Erleichterung der Berliner Finanzlage und zur Schliessung der Lücke, die wir haben, zu sein, wenn es gelänge, die Alliierten zu bewegen, diese Besatzungskosten selbst zu übernehmen, wobei sie meiner Meinung nach nur dem Gesichtspunkt Rechnung tragen, den sie selbst so oft öffentlich hinsichtlich der moralischen Haltung der Berliner vertreten haben. Die zweite Frage, die ich gleich anschliessen möchte, ist nach meiner wirtschaftswissenschaftlichen Kenntnis die, daß es ausserordentlich bedenklich ist, dass diese Leistungen vom Westen nach Berlin - ich will nicht sagen unzuverlässig, aber unregelmässig erfolgen. Es ist ausserordentlich peinlich, daß wir - wenn ich aus meiner Verwaltungserfahrung spreche - heute am 19. April noch nicht wissen, wann wir unseren Angestellten und Arbeitern die zweite Hälfte ihres Gehaltes werden zahlen können. Wäre es nicht möglich, vielleicht, noch ehe Sie fortgehen, die Zusage zu erhalten

dass das, was Sie uns geben wollen, und gestatten Sie die Lösung, geben müssen, denn man kann uns ja nicht im Stich lassen. Wir das künftig regelmäßig und zuverlässig erhalten. Damit wird in unserem ganzen wirtschaftlichen Leben innerhalb der Stadt das ganze Zahlungswesen mehr Stabilität bekommen, als es bisher der Fall gewesen ist. Das würde politisch von ausserordentlicher Tragweite sein (Zwischenruf: Bravo!)

Bundeskansler: Meine Damen und Herren! Ich bin allerdings auch der Auffassung von Herrn Dr. Friedensburg, dass die Frage Berlins eine politische Frage von internationaler Bedeutung ist und dass wir deswegen versuchen müssen, den Alliierten, den Westalliierten, das klar zu machen auf finanziellen Gebiet, und zwar ist mein Gedanke der, dass wir das in entsprechender Vorbereitung tun sollten zusammen mit den Vertretern Berlins. Was die zweite Frage angeht, so bitte ich Sie, zur Erklärung mancher Schwierigkeiten folgendes zu beachten: Erst seit dem 1. April lebt der Bund ja nicht mehr aus den Kassen der Länder. Diese Übergangsschwierigkeiten - bis die Einnahmen des Bundes nun wirklich fliessen und nicht sofort am 2. April beseitigt sein können - haben es mit sich gebracht, dass hier gewisse Schwierigkeiten aufgetreten sind. Übrigens bei uns in Bonn auch aufgetreten sind. Es kommt hinzu, dass der Kredit, den die Bundesregierung haben muss, bei der Bank deutscher Länder, dessen Höhe ja von den Alliierten festgesetzt werden muss, bei dem Umfang der gesamten finanziellen Verpflichtung der Bundesregierung in keiner Weise ausreichend ist. Das gehört mit zu den Übergangsschwierigkeiten, die Sie freundlichst in Rechnung setzen wollen bei der schwierigen Lage, in die Sie gekommen sind. Ich habe aber schon, als wir eben den Saal betraten, Herr Oberbürgermeister heute gesagt, dass sofort nach meiner Rückkehr nach Bonn wir uns zusammensetzen werden im Kabinett, auch mit dem Bundesfinanzminister, um dafür zu sorgen, dass gerade hier in Berlin, wo solche finanziellen Schwierigkeiten eine besonders weite Auswirkung haben, wirtschaftlich, aber vor allen auch psychologisch und politisch alles gesorgt wird, dass die Sache glatt läuft.

Kaiser: Ich bleibe noch einige Tage hier in Berlin, um den Aufbau der Vertretungen der Bundesbehörden im Bundeshaus in der Bundesallee zu rascher Verwirklichung zu bringen. Mit Bezug auf mein Ministerium, das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen, ist es inzwischen zur Berufung von dem früheren Regierungspräsidenten Werner Friedrich gekommen. Er war einmal Regierungspräsident von Königsberg in Ostpreussen. Er ist von den Nationalsozialisten seines Amtes enthoben worden, war bei verschiedenen Stellen noch tätig und zuletzt bei der Grundstücksverwaltung Währungsüberwachungsstelle des Magistrats von Berlin, und ich möchte dem Wunsche Ausdruck geben, dass es uns gelingt, aus Ihren Reihen den einen wichtigen Mann, den wir brauchen, für Presse und Organisation für mich so rasch wie möglich ausfindig zu machen. Bis zur Stunde ist es mir nicht gelungen, diesen Gottbegnadeten zu finden. Im übrigen haben wir den Wunsch, dass diese freundliche Atmosphäre - und die ist sehr wichtig zwischen Bonn und Berlin - zwischen uns, die drüben am Rhein die Vermittlung für Deutschland tragen, und Ihnen, die Sie hier an diesen wichtigen Ort Berlin für Deutschland tätig sind und für Europa, Bestand haben wird. Ich möchte wünschen, dass sie anhält, und insbesondere zwischen Ihnen und dem Haus in der Bundesallee immer Wirklichkeit sein wird.

Brammer: Herr Bundeskanzler und die Herren Bundesminister. Wir sind zwangsläufig an das Ende der heutigen Pressekonferenz gekommen, und ich darf Ihnen und den Herren Bundesministern sehr herzlich danken für die Art, wie Sie uns zur Verfügung gestanden haben. Ich glaube, wir haben Sie reichlich ausgequetscht, und ich glaube, wir sind auch auf unsere Kosten bei dieser Pressekonferenz gekommen. Lassen Sie mich nun, Herr Bundeskanzler, ganz am späten Ende auch noch etwas sagen über das Anliegen der Presse in Berlin und einige Wünsche, die wir haben. Herr Bundeskanzler, ich darf Ihnen erstens einmal versichern, dass auch uns daran liegt, die Beziehungen zwischen der Regierung und der Presse zu versachlichen, zu vertiefen und zu verbessern. Wir sind dabei, das mit unserer eigenen Regierung in Berlin zu tun und sind dabei, auf das Einverständnis unseres Herrn Oberbürgermeisters, unseres früheren Kollegen, zu rechnen. Der hat hier weitgehende Zusicherungen gemacht hat. Wir können die

Beziehung zur Bundesregierung nicht eher aufnehmen, als wir nicht einen Bevollmächtigten der Bundesregierung hier hatten. Ich darf mit Freude feststellen, dass auch der Bundesbevollmächtigte, Herr Dr. Vockel, für die Anliegen der Presse sehr grosses Verständnis gezeigt hat, und ich darf Ihnen insbesondere danken dafür, dass Sie uns die Möglichkeit gegeben haben, im Bundeshaus ein dauerndes Gastrecht zu geniessen. Gewiss, auch der Berliner Magistrat hätte uns gern einen ständigen Saal zur Verfügung gestellt, aber ich glaube, ich gebe die Stimmung richtig wieder, wenn ich sage, wir wollten ins Bundeshaus, das wir als unser Haus ansehen, wie wir die Bundesregierung - ganz gleich, wie der Einzelne dazu stehen mag - als unsere Regierung ansehen. Und so wünschen wir auch, dass wir in Zukunft die Verbindung zwischen Berlin und Bonn und Bonn und Berlin auch vertiefen können, indem wir technische Möglichkeiten ausnützen, um dort, wenn Sie in Bonn eine Pressekonferenz abhalten, hier auch die Möglichkeit haben, uns gleichzeitig an dieser Konferenz zu beteiligen, und wir wünschen weiter, dass wir auch an den Einrichtungen Ihres Bundespressamtes solchen Anteil nehmen können, wie es notwendig ist zur Verbesserung der Beziehungen. Ich darf Ihnen noch einmal den recht herzlichen Dank der Pressekonferenz sagen.

Bundeskanzler: Meine Damen und Herren!

Es ist Vorkehrung dafür getroffen, dass durch Lautsprecheranlagen Sie hier in Berlin an den Bonner Pressekonferenzen teilnehmen können. Ich hoffe, dass dadurch der Kontakt lebendiger wird, als bisher und dass gegenseitige Aufklärung dazu beiträgt, nicht etwa Kritik auszuschalten. Sie brauchen Kritik, und wir brauchen Kritik, aber doch die sachliche Kritik. Man sagt mir manchmal nach, ich wäre pressefeindlich. Meine Damen und Herren, das ist ein Märchen. Ich bin alles andere als pressefeindlich, ich bin nur dann und wann journalistenun glücklich. Ich habe gestern gerade mit Herrn Lemmer, den Sie als erfahrenen Journalisten ansehen werden, mich länger darüber ausgetauscht, wie es nicht im Interesse der Bundesregierung, sondern im allgemeinpolitischen Interesse des deutschen Volkes möglich ist, auf gewissen Gebieten der Presse und des Journalismus herbeizuführen gegenüber der gegenwärtigen Verhältnisse herbeizuführen. Man müsse...

Meine Damen und Herren und es erwartet uns auch...

Rückkehr eine Fülle von Arbeit, höchstwahrscheinlich nicht gerade  
sehr erfreuliche Arbeit. Ich will nicht gerade behaupten, dass  
diese Tage hier in Berlin restlose Ferien gewesen sind (Heiterke.)  
aber was ich schon anderswo gesagt habe, diese Tage in Berlin  
sind, glaube ich, für jeden von uns, für jedes Mitglied der  
Regierung und insbesondere auch für mich wertvolle Tage ge-  
wesen und schöne Tage gewesen, weil sie uns nach mancher Rich-  
tung hin einen tieferen Einblick in die Berliner Probleme und  
in das Ostproblem vermittelt haben, als wir diesen Einblick  
bis jetzt gehabt haben. Schöne Tage auch deswegen, meine Damen  
und Herren, und zwar sehr schöne Tage, weil über alle trennenden  
Momente hinweg wir doch alle das Gefühl gehabt haben, dass die  
Berliner Bevölkerung weiss, dass sie zu uns gehört, wie wir wissen,  
dass wir zu ihnen gehören. Und ehe wir nun gehen, darf ich all-  
einen danken, die in sehr sorgfältiger Arbeit diese Tage vorbe-  
reitet haben. Ich danke an erster Stelle Herrn Oberbürgermeister  
Reuter und dem Magistrat. Derjenige, der früher einmal in einer  
Verwaltungstätigkeit gewesen ist und einen ähnlichen Besuch  
hat vorbereiten müssen, weiss, welche Fülle von Arbeit und  
Überlegungen darin steckt, einen solchen Besuch gut vorzubereiten,  
dass alle Teile auf ihre Kosten kommen, und ich möchte Sie,  
Herr Oberbürgermeister Reuter bitten, diesen Dank weiterzugeben  
an den gesamten Magistrat und alle die Männer und Frauen, die  
mitgeholfen haben. Ich danke in gleicher Weise dem Herrn Stadt-  
verordnetenvorsteher Dr. Subr. Herr Dr. Subr hat ebenfalls, meine  
Damen und Herren, sich mit ganzer Kraft bemüht, dieses Zusammen-  
treffen hier zu einer fruchtbaren, für beide Teile zu machen,  
und ich danke Ihnen und der von Ihnen vertretenen Körperschaft,  
recht herzlich dafür. Lassen Sie sich auch danken Herrn Polizeipräsidenten  
und seinen Leuten. Sie haben einen erwertheten  
Dienst gehabt in diesen Tagen und sie haben diesen Dienst ver-  
billiglich versehen. Ich habe einen ganz ausgezeichneten Eindruck  
von all den Hunderten von Leuten gehabt, die ich gesehen habe.  
Ich danke auch hier und ich bitte Sie, die Herren von der Pres-  
diesen Dank weiterzugeben nochmals an die Männer und Frauen,  
die in der Turbinenfabrik der AEG gewesen sind, bei der  
Kundgebung am Montag. Ich kann Ihnen sagen, dass diese Kundgebung  
dort mit zu meinen schönsten Eindrücken hier gehören wird. Tausende  
tausende von Männern und Frauen, die an dieser Kundgebung teil-  
nahmen und die sich mit mir, meine Damen und Herren, und hier

sage ich unbeschadet aller Dinge, die uns trennen, und die letzten Endes doch nicht so entscheidend sind - ein s fühlten und die mit einer Herzlichkeit uns aufgenommen haben, und ein so feines politisches Verständnis gezeigt haben, daß wir alle auf das Tiefste beeindruckt gewesen sind. Und nun meine Damen und Herren, komme ich zum schwierigsten Kapitel des Dankes, der Dank an Sie, meine Damen und Herren. Ich habe hier - ich weiss nicht, welche freundliche Hand mir diese Ausschnitte auf den Tisch gelegt hat, alles Produkte der Presse. Ich werde sie in Bonn durchsehen. Ich möchte mir vorstellen, es ist manches lobende Wort darin, noch mehr tadelnde Worte, aber, meine Damen und Herren, man kann ja aus Tadeln auch was lernen. Ich bitte Sie aber vor allem um eines. Wahrscheinlich sind wir nicht so schlecht wie Sie glauben, noch sind Sie so schlecht, wie wir glauben. Wenn wir das einmal bedenken, etwas von verzeihender Liebe gegenseitig haben, dann ertragen sich alle Angriffe leichter. Ich möchte dann an die Vertreter der Auslandspresse auch noch ein Wort sagen. Berlin und die Verteidigung Berlins, das Halten Berlins, ist ja eine deutsche Sache, nicht nur eine Berliner Sache, und ich möchte daher auch den Vertretern der ausländischen Presse, die sich, wie ich gehört habe, während der ganzen Zeit hindurch vielfach mit ganzer Kraft eingesetzt haben, für Berlin auch den herzlichsten Dank der Bundesregierung aussprechen. Und nun, meine Damen und Herren, schliesse ich mit dem Ruf, der mir heute morgen entgegentönte, als ein kleiner Köttel, das heisst auf rheinisch, kleiner Junge, ein nettes Vergissmeinnicht-Bukett überreicht mit einem Kärtchen drin: "Auf Wiedersehen". Also auf Wiedersehen, meine Damen und Herren.